ORT

Weil Zukunft vor Ort beginnt - Für starke ländliche Räume in Baden-Württemberg

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Donaueschingen am 24./25.09.2022

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	15.07.2022
Tagesordnungspunkt:	ORT Weil Zukunft vor Ort beginnt - Für starke ländliche Räume in Baden-Württemberg

Weil Zukunft vor Ort beginnt - Für starke ländliche Räume in Baden-Württemberg

Weil wir hier zuhause sind

Baden-Württemberg - das sind nicht nur die großen Städte, sondern auch die starken, vielfältigen und lebenswerten ländlichen Räume. Sie machen rund 70% unseres Landes aus und mehr als ein Drittel der Baden-Württemberger*innen ist in ihnenzuhause. Die einzigartigen Kulturlandschaften in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs, die Biosphärengebiete und der Nationalpark sind nicht nur Quelle einer großen Naturverbundenheit der Menschen im Land, sondern auch beliebter Erholungs- und Urlaubsraum und Heimat für unzählige Pflanzen- und Tierarten. Gleichzeitig sind die ländlichen Räume mit ihren berühmten Hidden Champions auch Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft. Die Baden-Württemberger*innen leben daher nicht nur wegen der Nähe zur Natur, der Landschaft und der dörflichen Gemeinschaft gerne in den ländlichen Räumen, auch Infrastruktur und Daseinsvorsorge sind hier vergleichsweise gut entwickelt. Diese zu erhalten und auszubauen ist die große politische Aufgabe der nächsten Jahre. Auch das gesellschaftliche Klima in den ländlichen Räumen, das von einer tradierten Kultur des guten Miteinanders lebt - Vereinsleben und Ehrenamt sind aus dem Alltag in den Gemeinden nicht wegzudenken - steht vor Umbrüchen, die politische Gestaltung erfordern.

Die ländlichen Räume spielen eine herausgehobene Rolle bei der gesamtgesellschaftlichen Bewältigung der Klimakrise: Die künftige Stromerzeugung und Energiebereitstellung aus Biomasse, Wind, Sonne, Wasser oder Erdwärme wird die ländlichen Räume durch Arbeitsplätze und zusätzliche Wertschöpfung weiter stärken.

Eine zukunftsfeste Entwicklung der ländlichen Räume war und ist für uns Grüne eine besondere Herzensangelegenheit. Bereits seit den Anfängen unserer Partei waren wir Grüne hier kommunalpolitisch verankert. Unzählige Grüne sind vor Ort ehrenamtlich tätig und stärken so das soziale Gefüge der ländlichen Räume. Diese Stärke nutzen wir auch in Zukunft aktiv, um beste Lösungen für die Interessen, Bedürfnisse und Sorgen in den ländlichen Räumen zu finden.

Für Klimaschutz und ein gutes Leben im ganzen Land, für gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land, haben wir Grüne zusammen mit der von uns geführten Landesregierung in Baden-Württemberg bereits viel getan und viel erreicht – darauf sind wir stolz. Nun ist es unsere Aufgabe, die hohe

Lebensqualität der ländlichen Räume zu sichern und zu stärken. Dafür müssen wir nachhaltige Antworten auf die zentralen Herausforderungen liefern, vor denen auch die ländlichen Räume durch den zunehmenden Fachkräftemangel, den demographischen Wandel, die Auswirkungen der Klimakrise und die Anforderungen der Digitalisierung stehen.

Damit dieser Wandel gelingt, damit die ländlichen Räume ihre Potenziale ausschöpfen können, gestalten wir sie im Miteinander. Wir wollen, dass sich alle Menschen, unabhängig von ihrem Alter, ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Lebenssituation in den ländlichen Räumen wohlfühlen. Gemeinsam anzupacken, ist eine Stärke ländlicher Räume, die in die Zukunft trägt und die uns zuversichtlich stimmt, dass sich Baden-Württemberg auch in den kommenden Jahrzehnten durch starke ländliche Räume ausgezeichnet: mit Innovationskraft und wirtschaftlicher Stärke, mit Wohlstand und attraktiven Arbeitsplätzen vor Ort, mit Vielfalt und einem guten gesellschaftlichen Miteinander und mit dem Erhalt von Natur und Artenvielfalt im Einklang mit Klimaschutz und Landwirtschaft.

Weil Zukunft starke Wurzeln braucht

Bereits seit 2011 haben wir eine Vielzahl an Programmen aufgelegt, um den Zusammenhalt in den ländlichen Räumen zu unterstützen. Wir haben dafür das Fördervolumen des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR), des wichtigsten Förderinstruments für Kommunen in den ländlichen Räumen, verdoppelt.

Zur Stärkung der Daseinsvorsorge steigern wir die Attraktivität des Berufsbilds Landärzt*in, beispielsweise über medizinische Versorgungszentren. Ein flächendeckend gutes Bildungsangebot sichern wir durch die regionale Schulentwicklung. Mit dem ELR unterstützen wir den Aus- und Aufbau lebendiger Ortszentren. Herausforderungen wie der demographische Wandel, der in den ländlichen Räumen schneller voranschreitet, machen es notwendig, unsere Programme weiterzuentwickeln. Sie sollen auch künftig den Zusammenhalt und die hohe Lebensqualität in ländlichen Räumen sichern und die im Grundgesetz festgeschriebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bewahren.

Daseinsvorsorge: Wir wollen beste Infrastruktur

Die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse bedeutet für uns, dass in den ländlichen Räumen wohnortnah eine gute Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen besteht. Wir setzen uns für die Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe ein, die von Bund und Ländern gemeinsam getragen und geplant wird: Ein Bund-Länder-Programm „Gemeinschaftsaufgabe regionale Daseinsvorsorge“ soll eine Grundsicherung für Kommunen im Bereich Mobilität, Digitalisierung und Gesundheitsversorgung umfassen.

Für eine gute Lebensqualität in den ländlichen Räumen und damit ländliche Räume nicht zu "Schlafräumen" werden, ist es geboten, die ländlichen Räume aktiv mit exzellenter Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu gestalten statt nur zu verwalten. Gleichzeitig wird es nach wie vor Elemente der Daseinsvorsorge und

Dienstleistungen geben, die in guter Qualität nur in großen Städten angeboten werden können. Es ist zentral, dass diese Angebote für die Menschen in den ländlichen Räumen durch ein weiter verbessertes ÖPNV-Angebot auch ohne eigenes Kfz erreichbar sind.

Homeoffice, flexible Arbeitsplätze und Videokonferenzen statt hunderte Wegekilometer für ein einziges Meeting: In der Corona-Krise haben wir die Chancen der Digitalisierung für unsere Arbeitswelt erkannt. Wohnen und flexibles Arbeiten lässt sich auch in ländlichen Räumen gut vereinbaren. Die Einrichtung von Coworking-Spaces und Innovation Hubs fördert das flexible Arbeiten vor Ort zusätzlich und bietet besonders jungen Menschen attraktive Arbeitsbedingungen. Wir wollen das große Potenzial heben, das diese Entwicklung für die Zukunft der Arbeit in ländlichen Räumen birgt.

In Bund und Land verstehen wir den Breitbandausbau als eine wesentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge und wollen in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2025 flächendeckend gigabitfähige Netze realisieren. Wir machen die regionale Gesundheitsversorgung zukunftssicher. Dafür setzen wir auf allgemeine Versorgungszentren, Gemeinschaftspraxen, telemedizinische Notdienste und mobile Angebote der Gesundheitsversorgung. Wir führen das Aktionsprogramm Landärzte fort und erweitern das Stipendienprogramm zur Gewinnung Medizinstudierender für die ländlichen Räume. Eine sichere, wohnortnahe Versorgung von Gebärenden, Schwangeren und Neugeborenen ist uns ein wichtiges Anliegen. Deshalb schaffen wir ausreichende Kapazitäten in der Gynäkologie, bei Hebammen, Kreißsälen und Geburtshäusern und fördern attraktive Arbeitsbedingungen von Hebammen. Ungewollt Schwangere benötigen auch in ländlichen Räumen schnelle fachliche Informationen und Beratung sowie einen gesicherten Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch.

Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung für ein unbeschwertes Leben in Freiheit. Wir wollen in ländlichen Räumen die Notfallversorgung durch Blaulichtorganisationen stärken, indem wir die Personalausstattung verbessern, mehr Frauen und mehr Menschen mit internationalen Wurzeln für das Ehrenamt gewinnen, die dort unterrepräsentiert sind, und so die Wegzeiten verkürzen. Sicherheit ist für uns auch Prävention. Wir investieren in Stellen für die Jugend- und Sozialarbeit sowie in 24-Stunden-Gewaltambulanzen. Wir werden Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie Beratungsstellen für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt flächendeckend ausbauen und finanziell gut ausstatten. Ziel der stärkeren Förderung ist ein flächendeckendes Netz aus Frauenhäusern.

Wir wollen die Wasserversorgung und die Abfallentsorgung auch in kleineren Kommunen sicher und bezahlbar halten. Dafür fördern wir die Erarbeitung regionaler Wasserversorgungskonzepte, setzen den Masterplan Wasserversorgung um und unterstützen die interkommunale Zusammenarbeit, eine Besonderheit unserer ländlichen Räume. Der Fachkräftemangel wirkt sich auch auf die Kommunalverwaltungen aus. Vertiefte Kooperationen in Verwaltungsverbänden zur Leistungssteigerung der Kommunalverwaltungen wollen wir ebenso stärken und fördern wie auch Kleinstgemeinden bei der Fusion unterstützen Die letzte Gebietsreform in Baden-Württemberg liegt mittlerweile fast 50 Jahre zurück. Seit den 1970er Jahren hat sich unser Land jedoch stark verändert und entwickelt,

daher ist es an der Zeit, über eine neue "Fusions- und Kooperationsrunde" nachzudenken, um den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft gewachsen zu sein.

Baden-Württemberg ist ein vielfältiges Land. In ländlichen Räumen wollen wir daher ebenso wie in den Städten queere Netzwerkarbeit weiterentwickeln, ortsnahe Beratungs- und Unterstützungsangebote für Jugendliche und Erwachsene schaffen sowie ergänzende Online-Beratungen etablieren. Bei der Entwicklung von kommunalen Angeboten zum Schutz und zur Stärkung queeren Lebens ist das Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg eine kompetente und wichtige Ansprechstelle für die Kommunen im Land.

Bildung: Wir kümmern uns um mehr pädagogische Fachkräfte für wohnortnahe beste Bildung

Um gerechten Zugang zu Bildung zu ermöglichen, sollen alle Schüler*innen an Schulstandorten mit hoher Qualität lernen und wohnortnah den Abschluss machen können, den sie anstreben. Dafür haben wir die regionale Schulentwicklung eingeführt. Wir wollen die Schullandschaft in den ländlichen Räumen zukunftsfest machen. Dafür halten wir in der Grundschule am Prinzip „kurze Beine – kurze Wege“ fest und fördern regionale Verbünde und freiwillige Zusammenschlüsse. Wir schaffen weitere gymnasiale Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, schaffen durch digitale Angebote mehr Wahl- und Vertiefungsmöglichkeiten und verbessern Angebote für Schüler*innen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen. Eine Verwirklichung des Rechts auf wohnortnahe Beschulung ist insbesondere im ländlichen Raum für schulische Inklusionsbemühungen essentiell. Durch die sonderpädagogische Kompetenzanreicherung an Regelschulen bauen wir aktiv Barrieren ab, die Kindern mit diagnostiziertem Förderbedarf bisher verbieten, in ihrem unmittelbaren Umfeld zur Schule zu gehen.

Der Personalmangel ist eine Herausforderung für eine sichere Unterrichtsversorgung. Kurzfristig wollen wir zusätzliches Personal durch die Öffnung des Direkteinstiegs für weitere Lehrämter gewinnen. Wir möchten Schulen einen Teil der ungenutzten Finanzmittel aus unbesetzten Planstellen als selbstverwaltetes Schulbudget zur Verfügung stellen, um Unterstützung durch pädagogische Assistent*innen sowie Kooperationen mit außerschulischen Akteur*innen zu finanzieren. Um mehr Lehrkräfte für die ländlichen Räume zu gewinnen, halten wir am vorgezogenen Einstellungsverfahren für Bedarfsregionen fest.

Wir fördern die Verankerung der Schulen im Ort. Netzwerke zwischen Bildungseinrichtungen, Jugendhilfe und Kommunen ermöglichen es, Kinder und Familien zu begleiten. Wir unterstützen die Entwicklung von Kinder- und Familienzentren. Wir wollen außerschulische Bildungsangebote nutzen, um ein an hohen Qualitätsstandards orientiertes wohnortnahes Ganztagsangebot zu ermöglichen.

Im frühkindlichen Bereich mangelt es auch in ländlichen Räumen an Betreuungsplätzen – besonders bei Krippenplätzen und der Ganztagesbetreuung. Wir wollen Betreuungsangebote bedarfsorientiert ausbauen und auch die

Kindertagespflege als 2. Säule stärken. Voraussetzung ist, mehr Fachkräfte für die frühkindliche Bildung zu gewinnen. Deshalb bauen wir die praxisintegrierte Ausbildung aus und schaffen mit einem sinnvoll erweiterten Fachkräftekatalog attraktive Perspektiven für multiprofessionelle Teams in Kindertageseinrichtungen.

Lebenslanges Lernen ist mehr denn je der Schlüssel zur Sicherung von Beschäftigungsfähigkeit, zur Stärkung unserer demokratisch verfassten Strukturen und zur vollumfänglichen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Auch in den ländlichen Räumen braucht es dafür flächendeckende, wohnortnahe und niederschwellige Weiterbildungsangebote: klassisch analog und zunehmend digital. Die Volkshochschulen und die kirchlichen Weiterbildungsträger werden wir bei dieser Transformation weiterhin verlässlich unterstützen.

Wohnen und miteinander leben

Leben und wohnen in der Natur und nicht so teuer wie in den Zentren – auch dafür stehen die ländlichen Räume in Baden-Württemberg. Nicht nur die Räume selbst, sondern auch die Anforderungen der Gesellschaft an das Leben in ihnen entwickeln sich dynamisch. Mit dem großen Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse gestalten wir Grüne den Wandel.

Viele ländliche Regionen in Baden-Württemberg bieten Arbeitsplätze für junge Fachkräfte. Junge Menschen, die für einen Job kurze Zeit in eine Region kommen, haben andere Anforderungen an Wohnraum als junge Familien oder ältere Menschen, die sich hin zu neuen Wohnbedürfnissen im Alter verändern wollen oder müssen. Insbesondere für Auszubildende, die beispielsweise in überregionalen Berufsschulen lernen, bauen wir die Übernachtungsmöglichkeiten und ÖPNV-Anbindung der Schulen gemeinsam mit den Kommunen aus. Für die Attraktivität der Orte ist daher wichtig, dass es ein gemischtes Angebot von erschwinglichen Mietwohnungen gibt. Darum fördert das Land mit dem ELR gerade in den Ortszentren den Umbau für gute Lebensqualität und auch für vielfältiges und Mehrgenerationen-Wohnen. Mit der Fortsetzung des Modellprojekts „Ortsmitten - gemeinsam barrierefrei und lebenswert gestalten“ unterstützen wir Kommunen bei der Planung attraktiver, verkehrsberuhigter Ortsmitten. Wir achten darauf, dass der Bereich “Wohnen” wichtiger Bestandteil des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum bleibt.

Auch in manchen ländlichen Räumen ist die Wohnungslage zunehmend angespannt. Für uns gilt: Kein Ort ist zu klein für sozial gebundene Wohnungen. Wir gestalten die Mietwohnraumförderung für ländliche Räume hoch attraktiv und flexibel. Zum Beispiel dadurch, dass Kommunen selbst sozial gebundene Wohnungen mit Landesgeld errichten oder neu binden können und nicht nur Unternehmen. Oder durch die neue Unterstützung für sozial gebundene Werkswohnungen, die auch in den ländlichen Räumen entstehen sollen. Dadurch eröffnet sich beispielsweise für unsere vielen Kreiskliniken die Chance, Wohnraum für Mitarbeitende zu schaffen.

Kein Mensch ist eine Insel - und sollte auch nicht so leben müssen. In ländlichen Räumen schaffen und erhalten aktive Bürger*innen und die öffentliche

Hand lebendige Quartiere. Ein Fokus liegt dabei sowohl auf dem altersgerechten Umbau – physisch durch mehr Barrierefreiheit und sozial durch Netzwerke – als auch auf jungen Wohnformen. Wir sorgen dafür, dass das Land mit den Programmen Quartier 2030 und Soziale Integration im Quartier (SIQ) politikfeldübergreifend so fördert, dass es auf die Bedürfnisse der ländlichen Räume mit kleineren Quartieren passt und zugleich der Bund den barrierefreien Umbau über die KfW weiter unterstützt. Wir wollen Mehrfunktionshäuser und vielfältige Orte schaffen, die Menschen gemeinschaftlich nutzen können – seien es attraktive Ortskerne mit belebten öffentlichen Plätzen, Buchläden, Cafés, Läden, Wirtshäusern, liebevoll restaurierten Wohnmöglichkeiten und modernen Coworking-Spaces.

Vereine, Engagement und Kultur

In Baden-Württemberg gibt es eine lebendige Bürger*innen-Gesellschaft. Fast die Hälfte der Menschen in unserem Land engagiert sich ehrenamtlich. Ob im Fußball- oder Musikverein, im Laientheater, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Bürgerinitiativen, Gemeinderäten, Religionsgemeinschaften oder Gewerkschaften – das ehrenamtliche Engagement stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und schafft lokale Teilhabemöglichkeiten. Für ehrenamtlich Aktive ist es oftmals schwer, alle an sie gestellten Anforderungen zu erfüllen und ein Ehrenamt in Einklang mit einem fordernden Berufsleben zu bringen. Wir wollen noch mehr Menschen ermöglichen, ehrenamtlich aktiv zu werden. Deshalb verbessern wir die Rahmenbedingungen für Engagement und unterstützen die Vereine: sei es durch eine höhere Ehrenamtspauschale, Benennung von kommunalen Ansprechpersonen für das Ehrenamt oder die Fortführung der „Engagementstrategie“ des Landes.

Kultur verbindet Menschen. In ihr finden Jung und Alt, Neubürger*innen und Alteingesessene zusammen. Ein vielfältiges kulturelles Angebot macht Orte für viele Menschen attraktiver, um dort zu leben und ihre Kinder großzuziehen. Musikvereine sorgen für musikalische Ausbildung und Theatergruppen für beste Unterhaltung. In Baden-Württemberg gibt es ein breites Kulturangebot mit über 9.000 Kulturvereinen. Sie pflegen Traditionen und erfüllen sie mit neuem Leben. Weil uns Grünen diese zentrale Bedeutung der Kultur bewusst ist, haben wir seit 2011 die Mittel, die für Kultur zur Verfügung stehen, um über 40 % erhöht. Gleichzeitig braucht es professionelle Strukturen für ein vielfältiges und lebendiges kulturelles Angebot. Um diese zu schaffen, haben wir das Programm „Regional*managerin Kultur“ aufgesetzt. Wir wollen der Kultur auch in ländlichen Räumen ausreichend Räume und Möglichkeiten zur Entfaltung bieten. Dafür stärken wir das Landesförderprogramm „FreiRäume“.

*Politische Teilhabe: Jede*r darf mitmachen!*

Die Gemeinden kennen die Potentiale und Herausforderungen vor Ort am besten. Mit Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs statten wir die Kommunen mit Mitteln aus, um auch jenseits der zu erfüllenden Pflichtaufgaben gestalten zu können. Wir wollen auch kleinen Kommunen gute Bedingungen für eine Profilschärfung und wirtschaftliche Entwicklung bieten und werden die

Beantragung von Förderprogrammen vereinfachen. Um für die Menschen vor Ort noch mehr zu erreichen, ist es außerdem wichtig, die Potenziale der interkommunalen Zusammenarbeit voll auszuschöpfen.

Wir stärken die aktive Beteiligung der Bürger*innen durch transparente und zugängliche Beteiligungsverfahren vor Ort und machen Selbstwirksamkeit erfahrbar. Die Pandemie hat die Entwicklung im digitalen Bereich angeschoben, jetzt wollen wir konsequent weiter digitale Teilhabe ermöglichen: Gremiensitzungen in den Rathäusern und Kreistagen sollen digital übertragen werden, mit Rede- und Stimmrecht auch für online teilnehmende Gremiumsmitglieder. So können wir einen Beitrag leisten für die Vereinbarkeit von Ehrenamt, Familie und Beruf und gleichzeitig die lokale Politik in die Wohnzimmer bringen. Die politische Beteiligung von Jugendlichen und Kindern fördert unsere Demokratie nachhaltig. Politik und Verwaltung müssen jungen Menschen und ihren Anliegen auf Augenhöhe begegnen. Wir unterstützen es, wenn Verwaltungen kommunale Ansprechpersonen für Jugendliche benennen und Vertreter*innen der Jugendgemeinderäte ständiges Rederecht in den Gemeinderäten haben. Auch Stadt- und Kreisjugendringe sowie Jugendkonferenzen auf Kreisebene tragen zur Einbindung bei. Wir möchten mehr Mädchen sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund und unterschiedlichen Bildungsbiografien für diese Gremien gewinnen und eine bessere Erreichbarkeit auch für Jugendliche aus peripheren Ortschaften sicherstellen.

Durch eine dialogische Bürgerbeteiligung in Bürgerforen mit zufällig ausgewählten Bürger*innen machen wir die Politik des Gehörtwerdens für Menschen aus ganz Baden-Württemberg erlebbar. Vergleichbar zum begleitenden Bürger*innenforum zur Arbeit der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ streben wir zu wichtigen Gesetzesentwürfen Bürger*innenforen an.

Weil hier die Wirtschaft von morgen entsteht

Die ländlichen Räume sind mit ihren fest verankerten mittelständischen und Kleinunternehmen ein wirtschaftliches Kraftzentrum in Baden-Württemberg. Unsere Weltmarktführer und Traditionsunternehmen in den ländlichen Räumen tragen mehr als ein Viertel zur Bruttowertschöpfung des Landes bei und bieten Arbeitsplätze und Aufstiegschancen vor Ort. Sie sind außerdem ein wichtiger Innovationstreiber - häufig auch für innovative und nachhaltige Technologien - und Grundstein für die wirtschaftliche Dynamik in den ländlichen Räumen.

Es gibt bereits eine Vielzahl an Programmen, um die Innovationskraft in den ländlichen Räumen voranzutreiben, wie zum Beispiel das Innovationsförderprogramm Spitze auf dem Land! Technologieführer für Baden-Württemberg, das Programm RegioWIN, die Tourismusförderung, den Breitbandausbau oder die Strategie zur Fachkräftegewinnung. Darüber hinaus sorgen wir für Unterstützung bei grundlegenden Standortfaktoren wie Verkehrs- und digitaler Infrastruktur.

Mit dem Krieg in der Ukraine und den Auswirkungen der Pandemie hat sich außerdem die gesamtwirtschaftliche Ausgangslage geändert. Energiepreisschocks und zerrüttete Lieferketten gefährden die wirtschaftliche Stabilität vieler Unternehmen, wie auch die sich abschwächende Konjunktur, die Inflation und die

anstehende Zinswende im Euroraum. Um Innovationskraft der Wirtschaft in den ländlichen Räumen aufrechtzuerhalten und gegen Zukunftsrisiken abzusichern, sind deshalb weitere Anstrengungen nötig.

Digitalisierung

Die Digitalisierung bietet insbesondere in den ländlichen Räumen zahlreiche Entwicklungschancen. So können digitale Lösungen etwa den örtlichen Einzelhandel sowie die Nahversorgung stärken und viele Wege überflüssig machen. Eine flächendeckend gute digitale Infrastruktur ist außerdem Grundvoraussetzung für den Erhalt der ländlichen Räume als attraktive Unternehmensstandorte. Zugleich birgt die Digitalisierung aber Herausforderungen: Digitale Prozesse erzeugen häufig Druck auf die lokale Infrastruktur und je weiter der Weg, desto attraktiver wirken Onlineangebote. Deshalb unterstützen wir Grüne den Einzelhandel beim Aufbau lokaler und regionaler digitaler Plattformen und innovativer Transportangebote, um nachhaltige und regionale Produkte über zusätzliche Absatzkanäle zu vertreiben und einen Beitrag zur Zukunftssicherung lokaler Anbieter zu leisten. Zudem wollen wir Kommunen bei der Digitalisierung unterstützen. Aus unserer Sicht ist die Digitalisierung zwar eine wichtige Möglichkeit, allerdings keine alleinige Lösung, um die Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen zu verbessern. Als Beispiel: Telemedizin eignet sich für Nachuntersuchungen oder einfache Diagnosen, sie kann aber nicht die persönliche ärztliche Behandlung an sich ersetzen - die weitere Förderung der Niederlassung von Landärzten bleibt unabdingbar.

*Inhaber*innengeführte Unternehmen stärken*

Funktionierende Kommunen mit bedarfsgerechten Dienstleistungen und Einzelhandelsangeboten sind wichtige Standortfaktoren, um qualifizierte und motivierte Mitarbeiter*innen in die ländlichen Räume zu holen und dort zu halten. Dabei kann auch die Bedarfserhebung und darauf aufbauende Stärkung von Angeboten über Gemeindegrenzen hinweg einen großen Mehrwert bieten. Wir Grüne setzen uns mit innovationsfördernden Anreizen dafür ein, Ortszentren und die lokale Handelsstruktur zu stärken sowie das lokale Handwerk mit seiner zentralen Rolle für Wirtschaftskraft, Ausbildung und Innovationssystem zu unterstützen. Dazu gehört etwa die Digitalisierungsprämie, die Unternehmen jeder Größe in Anspruch nehmen können und die besonders Kleinstunternehmen und Einzelhandel bei unterschiedlichsten Digitalisierungsvorhaben voranbringt, sowie das Projekt Handel 2030, in dessen Rahmen beispielsweise Intensivberatungen für Einzelhandelsunternehmen gefördert werden. Damit die Mittel für Digitalisierungs- und KI-Förderprogramme trotz der hohen Nachfrage weiterhin effizient vergeben werden können, ist es wichtig, darauf zu achten, dass keine Doppelförderungen entstehen.

Zur Stärkung der Ortszentren fördern wir Innenstadtberater*innen, die gemeinsam mit den lokalen Handels-Akteuren Zukunftskonzepte entwickeln. Für den Neustart nach den Herausforderungen der Corona-Pandemie haben wir außerdem das Sofortprogramm Einzelhandel/Innenstadt aufgelegt.

Ein wichtiger Baustein einer nachhaltigen Wirtschaft sind gemeinwohlorientierte, soziale und genossenschaftliche Geschäftsmodelle. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass diese Geschäftsmodelle bei der Vergabe kommunaler Grundstücke besonders berücksichtigt werden.

Um die Innovationskraft und Anpassungsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken, müssen bürokratische Hürden gesenkt werden. Deshalb wollen wir Verfahren durch vereinfachte Berichtspflichten verbessern. Formulare und Bescheide, aber auch Rechtsvorschriften, müssen für Unternehmen ohne eigene Rechtsabteilung verständlich sein. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Digitalisierung der Verwaltung.

*Gründer*innen- und Startup-Förderung: Wir fördern das “Notebook im Grünen”*

Startups sind der Mittelstand von morgen und Innovationsmotoren gegen die Klimakrise. Dem Deutschen Startup-Verband zufolge hat jeder dritte Startup ein Grünes Geschäftsmodell. Im Vergleich zu Metropolen gibt es in den ländlichen Räumen noch zu wenig Startups. Da jede Region einzigartige Kompetenzen und Schwerpunkte hat, setzen wir Grüne uns für gute Gründungsbedingungen in den ländlichen Räumen ein. Eine gute digitale und Versorgungsinfrastruktur sind Grundvoraussetzungen, um Unternehmer*innen zur Gründung in den ländlichen Räumen zu motivieren. Eine zentrale Rolle nimmt auch die gut aufgestellte Hochschullandschaft ein. Zudem können Coworking-Spaces und Innovation Hubs Gründungsdynamiken vor Ort unterstützen.

In Baden-Württemberg kann eine bessere Vernetzung von Startups und Mittelstand und ein funktionierender Knowhow-Transfer gerade in strukturschwächeren Regionen enormes Potenzial freisetzen. So können Startups Innovationen einbringen, während mittelständische Unternehmen mit ihren Produktionskapazitäten, Netzwerken und Erfahrungen unterstützen können, etwa beim Einsatz KI-basierter Technologien. KMUs einen Teil der Kosten solcher Projekte zu erstatten, könnte die Verzahnung von jungen und etablierten Unternehmen beschleunigen. Mit dem Förderprogramm Regionale KI-Labs wird KMU außerdem ein niederschwelliger Einstieg in KI-Themen ermöglicht. Das Programm Junge Innovatoren, das Ausgründungen aus der Wissenschaft fördert, ist für die ländlichen Räume ein großer Erfolg, da es auch von kleineren Universitäten, Hochschulstandorten in ländlichen Räumen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und den Akademien wahrgenommen wird. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dies auch an Berufsschulen möglich zu machen, damit die Startup-Landschaft durch Gründer*innen mit Ausbildungsberufen vielfältiger aufgestellt wird. Außerdem wollen wir auch gezielt darauf hinwirken, dass Personengruppen, die bisher bei Unternehmensgründungen unterrepräsentiert sind, in Zukunft stärker beteiligt werden, wie zum Beispiel Frauen, queere Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund. Dafür sollten Förder- und Mentoringprogramme aufgelegt beziehungsweise erweitert werden. Weiterhin wollen wir dem Problem unzureichender Folgefinanzierungen in Baden-Württemberg entgegenwirken. Dafür legen wir einen speziellen Fonds über die Förderbank BW (L-Bank) auf, der junge Unternehmen mit wettbewerbsfähigen und vorzugsweise nachhaltigen

Geschäftsmodellen gezielt und langfristig unterstützt und sorgen dafür, dass erfolgreichen Startups auch für die Wachstumsphase ausreichend Wagniskapital zur Verfügung steht.

Ausbildung und Fachkräftesicherung: Wir stärken kooperativ, dual und dezentral

Die demographische Entwicklung führt auch in ländlichen Räumen zu einem verstärkten Fach- und Arbeitskräftemangel und wird dadurch verschärft, dass viele junge Menschen mit Beginn ihres Studiums in Hochschulstädte ziehen. Ein gutes Angebot sowohl beruflicher als auch akademischer Ausbildungsmöglichkeiten und eine gute Erreichbarkeitssituation ist deshalb zentral für dauerhaft attraktive ländliche Räume. Um unsere Unternehmen zu stärken und jungen Menschen eine berufliche Perspektive in ihrer Heimat zu bieten, setzen wir auf die duale Ausbildung, stärken wichtige Zukunftsfelder wie die Digitalisierung und die Energiewende und heben die Gleichrangigkeit von beruflicher und akademischer Bildung hervor.

Wir werden eine Strategie zur Fachkräftesicherung und einem flächendeckenden Bildungsangebot in ländlichen Räumen auf den Weg bringen. Hierbei setzen wir auf Kooperationen aller an Ausbildung beteiligter Akteure einer Region und auf ein gutes Übergangsmanagement von Schule und Beruf. Digitale Angebote, überbetriebliche Ausbildungsstellen im Handwerk und die Möglichkeit der Verbundausbildung können die Ausbildungslandschaft stärken. Die Entwicklung, dass Berufsschulen manche Ausbildungen mangels Nachfrage nicht mehr anbieten, muss gestoppt werden. Zudem setzen wir uns für eine gute Erreichbarkeit der Berufsschulen auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln und eine gute Breitband-Anbindung ein und nehmen die Situation des Azubi-Wohnens in den Blick. Um allen jungen Menschen eine gute berufliche Perspektive zu ermöglichen, wollen wir die Gebühren für berufliche Weiterbildungen im Handwerk weiter senken, führen die Meister- und Übergabeprämie fort und prüfen die Ausweitung dieser Maßnahmen auf weitere Branchen. Darüber hinaus erhalten wir die Arbeitslosenberatungszentren (ALOZ) aufrecht und stärken das Modell Teilzeitausbildung.

Ein weiterer Baustein der Fachkräftesicherung ist auch die Zuwanderung. Neben den rechtlichen Regelungen steht dabei vor allem die gesellschaftliche Integrationsleistung im Zentrum. Hierfür bieten die ländlichen Räume mit ihren ausgeprägten ehrenamtlichen Strukturen gute Voraussetzungen. Diese wollen wir weiter stärken.

Rahmenbedingungen für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund verbessern

Als Partei der Vielfalt ist es für uns besonders wichtig, Frauen, queere Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund im Wirtschaftsleben zu stärken. Dafür müssen strukturelle Hürden überwunden werden. Wir brauchen eine Stärkung und Ausweitung der Teilzeitausbildungsmöglichkeiten in Baden-Württemberg über den sozialen Bereich hinaus. Wichtige Maßnahmen sind zudem eine Änderung des

Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes, um regionale Tarifverträge sowie den vergabespezifischen Mindestlohn einzuführen.

Wir fördern das Landesprogramm Kontaktstellen Frau und Beruf und weitere Programme zur individuellen Beratung von Frauen zu allen beruflichen Fragen, von der Neuorientierung über den Wiedereinstieg bis hin zur beruflichen Weiterentwicklung. Wir regen die Zusammenarbeit unterschiedlichster Kooperationspartner*innen an, um wohnortnahe Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen in ländlichen Räumen zu schaffen.

Wir wollen im Bereich der Landwirtschaft die Schutzmaßnahmen für saisonale Fachkräfte und ausländische Pflegefachkräfte ausweiten, indem wir beispielsweise bestehende Anlauf- und Beratungsstellen ausbauen und zusätzliche Dolmetscher*innen einsetzten. Der Beratungsbedarf wird mit Blick auf die zahlreichen Geflüchteten aus der Ukraine weiter steigen und es gilt, diese Menschen, insbesondere Frauen, vor prekären Arbeitsbedingungen zu schützen. Wichtig ist auch die erleichterte Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen. Des Weiteren liegt unsere Priorität auf der Beseitigung struktureller Hindernisse, wie beispielsweise fehlende Kitaplätze oder Ganztagsschulangebote.

Wir stärken Hochschulen als Innovationszentren

Baden-Württemberg ist das Flächenland der Innovationen. Neue Ideen und Anwendungen entstehen nicht nur an wenigen Knotenpunkten: Im ganzen Land sind Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Innovationsmotoren angesiedelt, rund ein Viertel von ihnen liegt in ländlichen Räumen. Die Hochschulen bilden Fachkräfte für die Unternehmen vor Ort aus und tragen so auch indirekt zur Stärke der Wirtschaftsregion bei. Wir setzen uns für gute Rahmenbedingungen für die Hochschulen und ihre Angehörigen ein, wie verlässliche Erreichbarkeit und ausreichend studentischen Wohnraum.

Innovationszentren entstehen, wo die richtigen Akteure - wie wissenschaftliche Einrichtungen, etablierte Unternehmen, Kommunen, Startups - zusammengebracht werden, um gemeinsam Herausforderungen anzupacken. Kleinere und mittelständische Unternehmen profitieren vom Austausch mit der Spitzenforschung - und umgekehrt. Wir werden Innovationsplattformen in ländlichen Räumen weiter stärken und die Zusammenarbeit von Akteuren in urbanen Zentren und ländlichen Räumen fördern. Bei der Fortführung unserer Reallabore achten wir darauf, Entwicklungsaufgaben aus allen Regionen in Baden-Württemberg aufzugreifen.

Stärkung der Kreislaufwirtschaft

Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft ist auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft essenziell. Durch mehr und effizientere Wiederverwertung können wir unseren Rohstoffverbrauch in Zukunft deutlich reduzieren. Unser Ziel ist dabei, möglichst viele geschlossene Rohstoffkreisläufe zu errichten.

Wir wollen gerade in ländlichen Räumen regionale Wirtschaftskreisläufe gezielt stärken und Anreize für mehr Tauschkonzepte schaffen, zum Beispiel durch Repair

Cafés oder Carsharing. So können wir vorhandene Ressourcen effizienter einsetzen. Durch Recycling können Rohstoffkreisläufe entstehen, bei den bestehende Ressourcen in die lokale Wirtschaft zurückgeführt werden. Das wollen wir weiter ausbauen und auch mehr Flächen dafür zur Verfügung stellen. Forschungsvorhaben zur Kreislaufwirtschaft im Hinblick auf Fertigung und Konsumverhalten wollen wir stärker finanziell fördern. Das Vergaberecht soll genutzt werden, um stärkere lokale Beschaffung zu ermöglichen. Hochschulen und Studierendenwerke sollen nach dem Zero-Waste-Prinzip eigene Strategien für eine vollständige Kreislaufwirtschaft entwickeln und umsetzen. Dafür muss ein entsprechendes Förderprogramm aufgelegt werden, das auch die Bedingungen der ländlichen Räume gezielt adressiert.

Weil Klimaschutz bewahrt, was wir lieben

Wir wollen die zentrale Rolle der ländlichen Räume beim Klimaschutz weiter stärken und Mensch, Tiere und Natur vor den Folgen der Klimakrise bewahren. Seit 2011 arbeiten wir an einem konsequenten Klimaschutz. Eine der tragenden Säulen der Klimaschutzes ist die Mobilitätswende. In den ländlichen Räumen, in denen die Menschen täglich weite Strecken zurücklegen müssen, sind besondere Kraftanstrengungen für klimaneutralen Verkehr nötig. Wichtige Meilensteine sind bereits erreicht: Wir haben in den ländlichen Räumen unter anderem die Regiobuslinien eingeführt, die Reaktivierung von Bahntrassen vorangetrieben, Radverkehrsplaner in den Regierungspräsidien verankert, ein flächendeckendes Ladenetz für Elektrofahrzeuge aufgebaut, Busse mit Elektro- oder Wasserstoffantrieb gefördert und Förderprogramme für Kommunen im Bereich Mobilität durch Fußgänger-Checks eingeführt. Ein deutlich verbessertes Angebot an Bussen, Bahnen und Radwegen dient nicht nur dem Klimaschutz, sondern verbessert die Mobilität der Menschen in den ländlichen Räumen, macht Dienstleistungen, die in dünn besiedelten Bereichen nicht angeboten werden können, auch ohne Kfz erreichbar und stärkt den Tourismus in den vielen landschaftlich reizvollen Regionen unseres Landes. Seit der Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) der rot-grünen Bundesregierung, welches erstmals im Jahr 2000 in Kraft getreten ist, sind die ländliche Räume Vorreiter im Ausbau der Erneuerbaren Energien, einer weiteren wichtigen Säule des Klimaschutzes.

Mit der Einführung der Photovoltaik-Pflicht und ambitionierter Klimaschutzziele in unserem Klimaschutzgesetz sind wir bundesweit Vorreiter. Wir bringen die kommunale Wärmeplanung voran und führen die Photovoltaikpflicht für Neubauten und bei grundlegenden Dachsanierungen ein. Neben Klimaschutz ist es auch nötig, Mensch und Natur vor den bereits erfahrbaren Konsequenzen der Klimakrise zu schützen. Mit der 2021 vorgelegten Anpassungsstrategie legt die Landesregierung Maßnahmen vor, um den nicht mehr vermeidbaren Folgen der Klimakrise, die auch in den ländlichen Räumen zunehmend sichtbar werden, zu begegnen. Den begonnenen Dialog zwischen Landwirtschaft, Naturschutz, Lebensmittelwirtschaft, Handel sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern werden wir in einem Strategiedialog vertiefen, um die Interessen von landwirtschaftlichen Betrieben, Verarbeitungsbetrieben, Handel und Verbraucherinnen und Verbrauchern

auszugleichen. Weitere wichtige Wegmarken für ein funktionierendes Miteinander von Landwirtschaft und Umweltschutz sind zum Beispiel das Biodiversitätsstärkungsgesetz, die beständige Erhöhung des Bio-Anteils in der Außerhausverpflegung in den landeseigenen Kantinen und die Einrichtung von Biomusterregionen, um Akteur*innen aus Wirtschaft und Gesellschaft zu vernetzen und regionale Absatzmärkte für ökologische Produkte zu stärken.

In Zukunft treiben wir Klima- und Naturschutz in den ländlichen Räumen noch konsequenter voran. Wir wollen eine stärkere Verankerung von Klimaschutz und Versorgungssicherheit im Förderprogramm Entwicklung ländlicher Raum (ELR). Sämtliche Förderprogramme des Landes sollen bis zum Jahr 2035 dem Ziel der Netto-Treibhausgasneutralität entsprechen. Weitere Ziele verfolgen wir auf folgenden Arbeitsfeldern:

Ausbau erneuerbarer Energien: Wir wollen sauberen Strom, Wärme, Mobilität

Für den Ausbau Erneuerbarer Energien spielen die ländlichen Räume eine entscheidende Rolle. Aber auch in den ländlichen Räumen muss der Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigt werden: Im Oktober 2021 wurde durch den Ministerrat die Einrichtung der Task Force entsprechende Maßnahmen für das ganze Land getroffen. Mit der Beschleunigung des Verfahrens zum Ausbau von Windkraft und Freiflächen sowie von Agri-Photovoltaik werden wir einen weiteren Baustein für mehr Klimaschutz legen. Der Ausbau von Windkraftanlagen wurde durch Umstellung auf ein Ausschreibungsregime im Erneuerbare-Energien-Gesetz 2018 deutlich gebremst. Hier haben wir noch Handlungsbedarf, um eine klimaneutrale Energieversorgung sicher zu stellen und unabhängig zu werden von Gas und Öl. Deshalb werden wir die Zeitdauer, die heute von der Planung über die Genehmigung bis hin zur Inbetriebnahme von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien vergeht, deutlich verkürzen. Die Verfahrensdauer bei Windkraft soll dabei mindestens halbiert werden. Hierfür wurde das Klimaschutzgesetz um eine Verpflichtung ergänzt, mindestens zwei Prozent der Landesfläche für Windenergie und Freiflächen-Photovoltaik zu sichern. Zudem haben wir den Ausbau von Windkraft im Staatswald forciert. Wir wollen bestehende Biogasanlagen an bestehende Wärmenetze anschließen, um weitgehend geschlossene Energie-, Stickstoff- und Kohlenstoffkreisläufe erreichen. Um die energetische Versorgung mit erneuerbaren Energien durchgehend sicherzustellen, forcieren wir die Forschung in Speichertechnologien.

Rückenwind erhalten wir durch unseren Vizebundeskanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck, der mit dem Osterpaket und vor allem dem „Wind-an-Land“-Gesetz den Ausbau erneuerbarer Energien wieder ins Zentrum der deutschen Energiepolitik setzt. Mit dem Osterpaket werden verschiedene Energiegesetze umfassend novelliert, um so den Ausbau der Stromerzeugung aus Sonne, Wind und Wasser zu beschleunigen und konsequent voranzutreiben. Weitere Maßnahmenpakete sind sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene in Planung.

Landwirtschaft, Naturschutz, Anpassungsstrategie und Klimaschutz

Obwohl sich die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Menschen verringert, bilden landwirtschaftliche Flächen und bewirtschaftete Wälder nach wie vor den Großteil unserer (Kultur-) Landschaften. Sie versorgen uns mit Lebensmitteln, sauberem Wasser, mit guter Luft, Energie, Baumaterial und bieten ein vielfältiges touristisches Angebot. Baden-Württemberg ist ein Land vielfältiger Naturräume, die in teils einmaligen Lebensgemeinschaften eine Vielzahl von Pflanzen und Tieren beherbergen. Sie gilt es, insbesondere im Angesicht der Klimakrise und der Artenkrise, zu schützen und ihre zahlreichen dem Menschen kostenlos zur Verfügung gestellten Leistungen zu bewahren. Damit dies so bleibt, fördern wir den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft und vergüten schon heute umweltschonende Wirtschaftsweisen. Entscheidend für den Schutz unserer natürlichen Ressourcen ist auch die dahingehend umfassende Ausbildung künftigen Fachpersonals. Schützenswerte Ökosysteme zu erkennen muss eine entscheidende Kompetenz in den forst- und landwirtschaftlichen sowie biologischen Studiengängen und Ausbildungen werden.

Kommunen brauchen jenseits der Erfüllung von Pflichtaufgaben Gestaltungsspielräume, um für die Menschen vor Ort und mit ihnen Zukunft gestalten zu können. Dies betrifft auch den Umgang mit vor Ort verfügbaren Flächen und Ressourcen. Landwirtschaftliche Flächen können und sollten nicht beliebig anderen Nutzungen zugeführt werden, denn sie werden für die Ernährungssicherheit benötigt. Dafür wird der Anbau von Energiepflanzen, insbesondere von Energie- und Futtermais, reduziert.

Die Energiewende bringt auch Herausforderungen mit sich, denen wir uns stellen wollen. Ein Teil der Wertschöpfung aus der (dezentralen) Energiegewinnung von landwirtschaftlich genutzten Flächen muss auch Bäuerinnen und Bauern zugutekommen, die durch stetig steigende Pachtpreise drohen, Verlierer des Wettbewerbs um den Boden zu werden. Ein Teil der vor Ort gewonnenen Energie lässt sich direkt auf den Höfen nutzen und hilft, die hohen Energiekosten für die Betriebe zu senken. Hierfür schaffen wir die notwendigen Rahmenbedingungen: Unter anderem fördern wir die Kombinierte Flächennutzung durch zum Beispiel Agri-Photovoltaik. Wir halten in Forschung und Praxis am Vorsorgeprinzip fest und fördern gezielt Forschungsvorhaben zur Transformation der Land- und Ernährungswirtschaft, im Bereich Ökolandbau und zu umweltverträglichen Konzepten und Klimaanpassungsstrategien.

Die Landwirtschaft ist einerseits besonders stark von der Klimakrise betroffen, trägt allerdings auch selbst zu seinem Fortschreiten und einigen weiteren Umweltproblemen bei. Eine ökonomisch starke und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft kann es nur mit entsprechenden politischen Rahmenbedingungen und einer Honorierung der für die Gesellschaft erbrachten Leistungen geben. Die zahlreichen Förderprogramme im Land unterstützen die landwirtschaftlichen Betriebe bereits jetzt auf dem Weg zu mehr Tierschutz und ökologischeren Bewirtschaftungsformen. Wir wollen zukünftig darüber hinaus regionale Lieferketten und die Vermarktung ökologisch erzeugter Lebensmittel noch stärker

unterstützen. Damit erhalten wir die heimische Landwirtschaft, leisten einen Beitrag zu Ernährungssicherheit, Klima- und Umweltschutz und machen Baden-Württemberg als Land des Genusses und attraktives touristisches Ziel erfahrbar.

Im Zentrum der Änderung des Landeswaldgesetzes steht die Aufnahme des neuen Bewirtschaftungsgrundsatzes einer klimaadäquaten Bewirtschaftung des Waldes: Der Wald und dessen Bewirtschaftung nimmt beim Klima- und Artenschutz eine zentrale Rolle ein. Ein naturnah bewirtschafteter, strukturreicher Wald ist resilienter gegenüber extremen Bedingungen und fungiert dadurch langfristig nicht nur als ökologische, sondern auch als wirtschaftliche Versicherung. Wälder sind Habitat zahlreicher Tier- und Pflanzenarten, maßgeblicher und langfristiger CO_2-Speicher und wichtiger Erholungsort. Gleichzeitig sind sie eine beständige Quelle nachwachsender Rohstoffe und somit wichtiger Wirtschaftsfaktor bei der Entwicklung der ländlichen Räume. Im Rahmen der „Langfristigen Version für den ländlichen Raum“ der EU sollen daher sowohl Unternehmertum und Ausbildungsmöglichkeiten, sowie die Anpassungsstrategien an die Klimakrise unterstützt werden. In einem Waldland wie Baden-Württemberg – mit einer Waldbedeckung von 40 % – ist die Schlüsselwirkung des Waldes bei der Stärkung der ländlichen Räume besonders groß.

Auch in Baden-Württemberg ist die Vulnerabilität monotoner Waldbestände gegenüber der Klimakrise unübersehbar. Von der Trockenheit geschwächte Fichten fallen dem Borkenkäfer flächendeckend zum Opfer und wertvolle Holzressourcen gehen verloren. Die Waldstrategie für Baden-Württemberg ist ein wichtiger Wegweiser für die kommenden Jahre. Im Vordergrund steht nun ein schneller und umfassender Waldumbau hin zu einem arten- und strukturreichen Mischwald. Entstandene Kalamitätsflächen müssen mit überwiegend heimischen Baumarten und einem erhöhten Laubbaumanteil wiederbewaldet werden. Da rund ein Drittel des Waldes im Land in privater Hand ist, darf dabei die Unterstützung von Privatwaldbesitzern beim Waldumbau nicht vernachlässigt werden. Ein artenreicher Wald ist resilienter gegenüber Störungsereignissen und schafft somit auch größere Planungssicherheit für die Holzindustrie. Die Förderung von klimafreundlichem Bauen durch die innovative Holzbau-Offensive ist darüber hinaus ein wichtiger Schritt zu einer nachhaltigen und langfristigen Nutzung von Holz. Die direkte Verfeuerung von Holz ist energetisch ineffizient und kann zu einer Übernutzung der Wälder führen. Wärmeenergie von Holz zu verstromen darf daher nicht als klimaneutral eingestuft werden und lediglich die private Wärmenutzung aus lokalem Restholz sollte erlaubt sein. Die Nutzung von Holz muss nach dem Kaskaden-Prinzip ablaufen, zunächst in langlebigen Produkten verbaut werden und erst am Ende der Kette der Energiegewinnung dienen. Über den Rohstoff Holz hinaus leistet ein gesunder Wald zahlreiche Dienstleistungen, die für unsere Existenz von zentraler Bedeutung sind. Der Wald filtert unser Trinkwasser, ist riesiger Kohlenstoffspeicher und dient als Erholungsort. Damit der Druck des Menschen auf den Wald nicht zu groß wird, ist die Renaturierung naturbelassener Wälder durch Prozessschutzgebiete, die Förderung zusammenhängender Schutzgebiete und der Ankauf ökologisch relevanter Flächen besonders wichtig. Ein widerstandsfähiger Wald ist uns ein wichtiger Verbündeter im Kampf gegen die Klimakrise und den Artenverlust.

Mobilitätswende: Wir sind auf dem Weg zu sauberer Mobilität für alle

Wir wollen, dass die Mobilität auch in den ländlichen Räumen nicht vom eigenen Auto abhängig ist. Die Mobilitätsgarantie, die von früh bis spät in kleinen Orten mindestens einen Stundentakt, mittelfristig einen Halbstundentakt vorsieht, ist unser klares Ziel für Baden-Württemberg. Eine Mobilitätsgarantie lässt sich allerdings nicht ohne Investitionen und Folgekosten umsetzen. Mit dem Mobilitätspass wollen wir den Kommunen daher die Möglichkeit bieten, zusätzliche Mittel für den massiven Ausbau des ÖPNV zu generieren und Anreize zu setzen, die Straßen in den Städten und Gemeinden vom Autoverkehr zu entlasten. Dabei sind mehrere Varianten denkbar: Ein Mobilitätspass für Einwohner*innen („Bürgerticket“), für Kfz-Halter*innen („Nahverkehrsabgabe“) sowie für Kfz-Nutzer*innen („Straßennutzungsgebühr“) oder eine Arbeitgeber*innenabgabe. Die Höhe der Abgabe kann lokal auch in Abhängigkeit von der Qualität des ÖPNV-Angebots gestaffelt werden.

Mit dem Erfolgsprojekt der Regiobuslinien, bei dem Unterzentren und die Orte dazwischen untereinander und an das Schienennetz angebunden werden, haben wir einen guten Anfang gemacht. Diese Angebote werden nun schrittweise ausgebaut. Bundesweit sind wir auch Vorreiter bei der Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken, mit denen wir die Bahn wieder in die Fläche und die ländlichen Räume bringen. An bestehenden Bahnstrecken werden zusätzliche Haltepunkte errichtet, eine Vielzahl weiterer Haltepunkte ist derzeit in Prüfung. Ergänzen wollen wir diese Angebote durch bedarfsabhängig gesteuerte On-Demand-Verkehre wie (klimaschonende) Rufbusse und -autos. Die von den Landkreisen regelmäßig zu überarbeitenden Nahverkehrspläne sollten unter stärkerer Öffentlichkeitsbeteiligung und unter Beratung von Mobilitätsfachleuten qualitativ weiterentwickelt werden. Dabei müssen zunehmend auch die Angebote über Landkreisgrenzen hinaus verbessert werden. Zusammenschlüsse der verschiedenen Verkehrsverbünde wollen wir fördern.

Zu einem guten ÖPNV-Angebot gehören auch attraktive Tarife für alle, wie der bw-Tarif und das „1-2-3 Ticket“. Mit dem Jugendticket ermöglichen wir jungen Menschen die Fahrt im ÖPNV durch das ganze Land für 1 Euro am Tag.

Das sichere Radfahren ist für uns als Grüne keine Angelegenheit nur für die Städte. Das Fahrrad, ob mit oder ohne elektrische Unterstützung, bietet sich vielfach auch auf dem Land an, um beispielsweise zur Arbeit oder zum Einkaufen zu fahren. Dafür braucht es aber attraktive Radverkehrs-Verbindungen, die – auch zur Stärkung des Radtourismus – gut ausgeschildert sein müssen. Aus dem Umland sollten vermehrt Radschnellwege in die Ballungsräume gebaut werden. Einige davon befinden sich bereits in der Umsetzung. Die Wege innerhalb oder zwischen naheliegenden Orten könnten häufiger zu Fuß zurückgelegt werden. Wir wollen auch diese Wege, ebenso die Wanderwege, auf Basis von Fußweg-Konzepten, ausbauen.

Um Bus, Bahn und Fahrten mit Leih-Autos und -Fahrrädern enger zusammen zu denken, wollen wir mit einer mindestens landesweit einheitlichen App alle Mobilitätsdienstleistungen planbar, buchbar und nach dem Bestpreisprinzip bezahlbar machen. An den Haltestellen des ÖPNV werden diese Verkehrsmittel zu

Mobilitätszentralen vernetzt. Auf der Ebene der Landkreise sollen Koordinatorinnen und Koordinatoren für Mobilität und Klimaschutz zur Unterstützung der kreisangehörigen Gemeinden beim Ausbau der nachhaltigen Mobilität eingesetzt werden. Wir wollen auch in den ländlichen Räumen eine Verkehrsplanung, die allen Menschen gerecht wird und ein besonderes Augenmerk auf Barrierefreiheit wirft und die Bedürfnisse von Frauen adressiert.

Da viele von uns selbst in kleinen Orten unseres Landes wohnen, wissen wir, dass gerade hier auch in Zukunft nicht immer aufs Auto verzichtet werden kann. Hierfür wollen wir das gemeinschaftliche Nutzen von Fahrzeugen fördern. Dies gelingt, indem wir bestehende Modelle wie das Teilen kommunaler Dienstwagen außerhalb der üblichen Geschäftszeiten und das private Carsharing stärken. Gerade in ländlichen Räumen, wo das Auto häufig genutzt wird, gilt es, die Potentiale der Elektromobilität zu nutzen. Somit können die Menschen schnell von Lärm und Abgasen befreit und klimaschädliche Emissionen gemindert werden. Hierfür müssen wir unsere Ladeinfrastruktur im ganzen Land weiter verbessern, vor allem dort, wo es ohne Mitfinanzierung aus Steuermitteln nicht möglich ist. Mit unserem Ladenetz haben wir hierfür erfolgreich den Grundstein gelegt. In einem weiteren Schritt wollen wir, dass in Siedlungs- und Gewerbegebieten zukünftig mindestens eine Ladesäule fußläufig erreichbar ist. Eine Schnellademöglichkeit soll in maximal fünf Kilometern Entfernung zur Verfügung stehen. Auf immer mehr Dächern im Lande leisten Photovoltaikanlagen einen Beitrag zur Energiewende. Diese Potenziale wollen wir noch intensiver nutzen, um Elektroautos mit erneuerbar erzeugtem Strom versorgen zu können, und eine innovative Verknüpfung von Energiewende und Antriebswende im Verkehr zu bieten.

Wertvoll, knapp und voller Chancen: Unsere Fläche

Die Vielfalt der ländlichen Räume ist ein großer Schatz. Augenfällig ist die Vielfalt der Landschaften. Aber auch Siedlungsformen sind in den ländlichen Räumen vielfältig: Vom kleinen Weiler bis zur kompakten und traditionsreichen Mittelstadt ist alles dabei. Diese Vielfalt ist ein Kulturgut, das uns prägt. Sie braucht unzerschnittene Freiräume und unversiegelte Flächen, die entscheidend Klimaschutz und der Erhalt der Biodiversität als die großen Aufgaben beitragen. Nicht zuletzt bringt die Klimakrise und gleichzeitig fortschreitende Versiegelung unsere Bürger*innen in große Gefahr, wie die Hochwasser-Katastrophen 2021 in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen dramatisch gezeigt haben. Darum müssen wir Flächen effizienter und mit mehr Bedacht nutzen. Die Diskussion darüber, wie wir vom Flächenverbrauch wegkommen können, treibt besonders die Bürger*innen in den ländlichen Räumen um – denn gerade sie erleben, welchen Unterschied es macht, wenn vor Ort schonend oder in großem Tempo verbrauchend mit der Fläche umgegangen wird.

Im Koalitionsvertrag 2021 von Baden-Württemberg ist eine Reduzierung des anhaltenden Flächenverbrauchs auf 2,5 ha/Tag festgeschrieben, Ziel ist der Netto-Nullverbrauch bis 2035. Wir wissen, dass dieses Ziel ehrgeizig ist und setzen unsere Kraft und unsere Ideen ein, um es zu erreichen. Einem „Weiter so“ bei der Flächenversiegelung werden wir entgegenwirken. Ein Instrument hierfür

wird der neue Landesentwicklungsplan sein. Dabei ist Bündnis 90/Die Grünen sehr bewusst, dass auch in Zukunft neue Flächen zur Bebauung ausgewiesen werden müssen– verbunden mit Kompensationen wie die Entsiegelung nicht gebrauchter Fläche. Es ist klar, dass wir auch für unsere Klimaschutzziele auf dem Weg Fläche brauchen: Wir stehen zum Flächenziel des Landes und des Bundes für den Ausbau der Erneuerbaren Stromproduktion.

Es gibt einen enormen Bedarf nach Wohnraum. Deshalb fördert das Land die Erweiterung der vorhandenen Nutzungspotentiale ohne zusätzliche Inanspruchnahme von Bodenflächen, den Ausbau von Dachgeschossen, die Aufstockung von Gebäuden sowie die Nachverdichtung. Flächenzertifikate müssen ein zentrales Instrument für weniger Flächenverbrauch werden. Auch der Verbrauch von Verkehrsflächen muss zukünftig in den Fokus genommen werden.

Um Flächen zu sparen, fördern wir Innenentwicklung und Flächenrecycling. Wir unterstützen das Förderprogramm des Landes „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“. Zudem befürworten wir die Grundsteuer C, um gezielt baureife oder ungenutzte Grundstücke mobilisieren zu können, und unterstützen dabei unsere Gemeinderätinnen in der Diskussion vor Ort. Die teilweise schädlichen Subventionen auf Bundesebene, die die Außenentwicklung begünstigen, wollen wir abbauen. Dazu gehören vor allem der §13b des Baugesetzbuches im Bund, der ein beschleunigtes Verfahren ohne Umweltprüfung und Ausgleichsfläche für Wohnbebauung im Außenbereich vorsieht. Überdimensionierte Verkehrsanlagen und nicht mehr benötigte Infrastruktur wollen wir umnutzen, rückbauen und entsiegeln, sodass Flächen für mehr ökologische und Aufenthaltsqualität umgenutzt werden können. Wir Grüne beteiligen uns an der notwendigen Öffentlichkeitsarbeit, um die Menschen für die Nachteile und Risiken des Flächenverbrauchs und Versiegelung zu sensibilisieren sowie die Möglichkeiten und Chancen des Flächensparens aufzeigen.

Auch künftig wird die zukunftsfeste Entwicklung unsere ländlichen Räume und ihrer Vielfalt eine zentrale Leitplanke unserer Politik sein - denn sie sind ein großer Schatz für Baden-Württemberg.